

WORKSHOPBERICHT EUROPÄISIERUNG DES JURASTUDIUMS

14. Bundesfachschaftentagung 2025
Freiburg

Workshop Nr. 2

Cosima Kremer
Mara Krull

Inhaltsverzeichnis

A.	Einleitung	1
B.	Vorbereitung	1
C.	Verlauf des Workshops	2
I.	<i>Phase 1.....</i>	2
II.	<i>Phase 2 + 3.....</i>	2
III.	<i>Phase 4.....</i>	5
IV.	<i>Evaluation.....</i>	5
D.	Konkrete Ergebnisse des Workshops	6
I.	<i>Europarecht in der Breite sichtbar machen.....</i>	6
II.	<i>Schwerpunktbereich Europarecht stärken</i>	6
III.	<i>Fakultative Formate mit niederschwelligem Zugang.....</i>	6
IV.	<i>Einheitliche Standards diskutieren.....</i>	6
V.	<i>Sensibilisierung der Studierenden</i>	7
E.	Änderung des Grundsatzprogramms	8
F.	Fazit.....	10

A. Einleitung

Die Relevanz des Europarechts für das nationale Rechtssystem nimmt kontinuierlich zu. In nahezu allen Bereichen des deutschen Rechts, aber besonders im Zivilrecht, ist europäisches Recht bereits fester Bestandteil. Diese Entwicklung macht es unerlässlich, das Jurastudium stärker zu europäisieren, um die Jurist*innen der Zukunft bestmöglich auf den Berufsalltag vorzubereiten. Der Workshop widmete sich dieser Thematik und erarbeitete konkrete Ansatzpunkte, um eine sinnvoll integrierte, praxisnahe und flächendeckende Einbindung des Europarechts in die juristische Ausbildung zu fördern.

B. Vorbereitung

Das Europarecht beeinflusst in zunehmendem Maße die nationalstaatliche Gesetzgebung und Rechtsprechung. Dennoch ist es im Studium oftmals randständig oder nicht hinreichend integriert, auch im späteren staatlichen Teil des Examens kann Europarecht drankommen. In der Vorbereitung auf diesen Workshop sollten sich die Teilnehmenden bereits einen Überblick über den Status Quo an ihrer Universität verschaffen, um später im Workshop darauf aufbauend bestehende Herausforderungen zu benennen und konkrete Lösungsvorschläge zu entwickeln, wie eine bessere Integrierung der europarechtlichen Inhalte in das Studium erfolgen kann. Um auch für die Studierenden einen passenden und angenehmen Einstieg zu finden, arbeiteten wir als Workshopleiterinnen ein Gutachten bzw. einen Vorbereitungstext auf, in dem wir die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch dazu anhielten, sich in Vorbereitung auf den Workshop im Rahmen der Bundesfachschaftentagung mal mit den europarechtlichen Bezügen an ihrer Fakultät auseinander zu setzen und sich ein paar Gedanken zu machen, wie sie es in ihrem eigenen Studium bisher wahrgenommen haben.

C. Verlauf des Workshops

Der Workshop setzte sich aus verschiedenen Phasen zusammen, die vor allem aus Gruppen-, sowie Partnerarbeit, als auch offenen Gesprächsrunden bestand.

I. Phase 1

Zu Beginn wurden die zentralen Fragestellungen vorgestellt: Warum ist die Europäisierung des Jurastudiums notwendig, oder nicht? Welche Rolle spielt das Europarecht in der juristischen Praxis? Welche Chancen, aber auch Herausforderungen entstehen durch eine intensivere Einbindung?

Um diese Fragen fundiert beantworten zu können, folgte eine Austauschrunde über den Status Quo und erste Ideen zur Verbesserung.

Sofort stellte sich heraus, dass der Stand der Europäisierung von den jeweiligen Universitäten abhängig ist und demnach von Universität zu Universität stark variiert. Während einige Universitäten verpflichtende Klausuren stellen, fehlt es an anderen Universitäten gar an einer richtigen Vorlesung – die Studierenden besuchen dort für gewöhnlich eine kostenpflichtige, externe Arbeitsgemeinschaft im Stil eines Crashkurses.

II. Phase 2 + 3

Daraufhin bildeten wir innerhalb des Workshops Kleingruppen, die sich jeweils mit einem Thema ihrer Wahl beschäftigten. Dabei und im weiteren Verlauf des Workshops ergaben sich folgende erste Lösungsansätze für eine bessere Einbindung des Europarechts, welche dann später in offener Runde ausgiebig diskutiert wurden (Phase 3):

- Verpflichtende Klausuren:

Gerade hier gab es großen Diskussionsbedarf. Es gab dabei zwei Strenge der Argumentation: Die erste machte sich dafür stark, dass verpflichtende Klausuren das sowieso als anstrengend und auslaugend geltende Jurastudium nur noch lernintensiver machen würde und Studierende des Faches zusätzlich belasten würde. Gerade das Grundstudium, in welchem die Studierenden zunächst die Grundzüge des deutschen Rechts lernen müssten, würde komplexer und belastender werden. Die andere Seite vertrat, dass das Europarecht mittlerweile solch entscheidende und praxisrelevante Problematiken enthält, die das deutsche Recht in einem Maße beeinflussen, dass es fast fahrlässig sei, diese Themen nicht zu vermitteln, vor allem weil Studierende sich diese sonst selbst erarbeiten müssten und so nicht genügend Unterstützung dabei erhielten. In der Diskussion wurde außerdem klar, dass verschiedene Unis bereits verpflichtende Europarechtsklausuren haben. Dies verhalf der Diskussion aber nur bedingt, da sich auch Studierende, die eine verpflichtende Europarechtsklausur geschrieben haben, nicht einig darüber waren, ob dies als sinnvoll zu erachten ist. Bis zum Ende des Workshops konnten

sich beide Seiten nicht einig darüber werden und es wurde immer wieder Mittelpunkt der Diskussionen.

- Herstellung / Ausbau von Bezügen in den einzelnen Rechtsgebieten, vor allem bei Verbraucherrechten:

Diese Idee wurde als Kompromiss zu verpflichtenden Klausuren erarbeitet. Auch dabei waren wieder verschiedene Meinungen vertreten. Einige fanden diese Idee gut, andere, vor allem Studierende aus höheren Semestern hatten Bedenken, ob dies möglich sei, da Europarecht so komplex sei, dass es schwierig werden würde nur kurze Bezüge bspw. als präsenties Beispiel in Arbeitsrecht verständlich zu vermitteln. Die Studierenden müssten also zunächst ein grundlegendes Verständnis von Europarecht haben, was uns dann wieder zum ersten Punkt, den verpflichtenden Europarecht Klausuren, führte.

- Schaffung / Ausbau von zusätzlichen Formaten wie Moot Courts, Crashkursen oder Grundlagenscheinen:

Über diesen Punkt bestand recht große Einigkeit innerhalb des Workshops. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren alle dafür, gerade extracurriculare Angebote auszubauen, sodass das Jurastudium zum einen praxisorientierter wird und zum anderen studierendenfreundlicher. Es bestand außerdem weitgehende Einigkeit darüber, dass bspw. Moot Courts eine Studienleistung im Studium ersetzen können.

- Verpflichtendes Angebot von mindestens einem Schwerpunkt mit Themenschwerpunkt im Europarecht, der Ausbau von europarechtlichen Schwerpunktbereichen:

Hier bestand auch Einigkeit innerhalb des Workshops. Es stellte sich außerdem heraus, dass es bereits an allen Fakultäten, von denen Studierende Teilnehmerin oder Teilnehmer des Workshops waren, mindestens einen Schwerpunkt mit dem Themenschwerpunkt Europarecht anbieten. Die meisten Fakultäten scheinen sogar mehrere anzubieten oder zumindest Schwerpunkte zu haben, die auch, wenn auch nicht als Themenschwerpunkt, europarechtliche Bezüge und Vorlesungen beinhalten. Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde der Wunsch laut, dass dies so bleibt und, wenn möglich bzw. sinnvoll, auch ausgebaut werden soll.

- Einheitliche Mindeststandards über die Prüfungsordnungen hinweg:

Natürlich ging es auch um die unterschiedlichen Ausbildungsschwerpunkte an den verschiedenen Schwerpunkten in der Bundesrepublik. Es ärgerte viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass die Bundesländer verschiedene Regelungen bzgl. des Einbezugs von Europarecht haben. So entstanden schon während des Studiums Ungleichheiten zwischen der Ausbildung, die später nur schwer durch konsequentes Selbststudium aufholbar sind. Auch an dieser Stelle wurde wieder eine Überleitung zu den verpflichtenden Klausuren gefunden, da, so

Teile des Workshops, verpflichtende Klausuren dazu führen würde, dass jeder Studierende die Grundzüge des Europarechts erlernen müsste. Grundsätzlich bestand allerdings Einigkeit, dass eine einheitlichere Einbeziehung von Europarecht wünschenswert wäre.

- Europarecht im Staatsexamen

Grundsätzlich wurde in der Diskussion deutlich, dass scheinbar, zumindest in allen Bundesländern, aus denen Studierende am Workshop teilnahmen, Europarecht Teil des Pflichtfachstoffes im ersten Staatsexamen sei. Was aber das für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wohl am erstaunlichsten war, ist, dass ein Teilnehmer aus Frankfurt (Oder) uns mitteilte, dass es dort je 2 Klausuren im Strafrecht, öffentlichen Recht und bürgerlichem Recht gibt, aber auch eine im Europarecht. Bei einem Blick ins BbgJAO zeigt sich auch, dass dies wirklich eine Sonderregelung in Frankfurt (Oder) ist. Bei Nachfragen, wie er das denn finden würde, konnte er selbst nichts darüber sagen, allerdings habe er von Studierenden gehört, dass sie dies als durchaus positiv erachten würden. Darauf folgte die Diskussion, wie eine solche Prüfung den Pflichtfachstoff beeinflussen würde und wie damit umzugehen sei. Hier entstanden, wie bei allen Diskussionen in diesem Workshop, zwei Lager: eines, das vertrat, dass es in Ordnung sei für so eine wichtige Thematik den Pflichtstofffach zu erhöhen. Die Studierenden müssten sich sowieso mit dem Stoff auseinandersetzen und dann könne es auch abgefragt werden. Das andere vertrat, dass egal zu welchem Zwecke die Erhöhung geschieht, sie auf jeden Fall verhindert werden müsse. Eine Erhöhung des Pflichtstofffaches sei immer zu Lasten der Studierenden und würde die psychische Ausnahmesituation, in der sich jene in der Examensvorbereitung befinden, nicht genügend berücksichtigen. Allerdings konnte in dieser Debatte ein Kompromiss gefunden werden: Es werden mehr Inhalte des Europarechts Teil des Pflichtfachstoffes, aber nur, wenn dafür an andere Stelle Inhalte aus anderen Rechtsgebieten gekürzt würden. Wo genau in diesem Fall gekürzt würde, war nicht mehr Teil einer ausführlichen Debatte.

Im Anschluss wurden Vor- und Nachteile gegenübergestellt. Eine verpflichtende Erweiterung des Inhalts führt zu einer besseren Vorbereitung, Auseinandersetzung und Vermittlung des Wissens der Studierenden. Diese Erweiterung geht aber auch gleichzeitig mit mehr Stoff und damit mehr Leistungsdruck einher. Eine Freiwilligkeit des Stoffs hingegen ist für die meisten Studierenden Grund „zur Lücke“. Daran anschließend kam also die nicht unwichtige Frage auf, ob der BRF die Position vertreten sollte, eine stärkere (verpflichtende) Eingliederung zu fordern, um Studierende mehr an die Hand zu nehmen. Am Ende herrschte allerdings Konsens, dass dies mit dem Grundsatzprogramm im Rahmen der Forderung des Abbaus des Pflichtfachstoffes unvereinbar ist.

Im weiteren Verlauf des Workshops wurden Vorstellungen über die ideale Europarechtsvorlesung und den idealen Europarechtsschwerpunkt evaluiert sowie Überlegungen angestrengt, wie eine studierendendenfreundliche Einbindung in die Examensklausuren erfolgen kann.

Insgesamt konnte beobachtet werden, dass sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer darüber einig waren, dass Europarecht eine unglaublich hohe Relevanz, vor allem in der Praxis, in der Welt der Juristerei hat.

III. Phase 4

Nach regen Diskussionen über die Einbindung ins Studium nahmen wir uns dem BRF-Grundsatzprogramm an. In Partnerarbeit wurde an verschiedene Neuerungen und Erweiterungen zum Status Quo gearbeitet. Diese brachten wir in einem offenen Gespräch mit allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern zusammen, um die Vor- und Nachteile zu diskutieren und an einem endgültigen Antrag zu arbeiten. Da es, wie sicherlich schon aufgefallen ist, teilweise schwierig war, einen common sense zu finden, war die Diskussion langwierig und verzwickelt. Im Endeffekt fanden wir allerdings einen Weg und eine Formulierung, in der sich alle Anwesenden wiederfinden konnten und die sie auch so in ihre Studierendenvertretungen tragen wollten und konnten. Dies konnte durch eine Abstimmung abschließend auch deutlich gemacht werden, da diese einstimmig für die Stellung des Antrags in der ausgearbeiteten Fassung war.

IV. Evaluation

Am Ende fragten wir, die Workshopleiterinnen, einmal nach, wie die Teilnehmenden den Workshop wahrgenommen haben und was für sie wertvoll und was ausbaufähig war. Dabei stellte sich heraus, dass alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer es als äußerst positiv empfanden, dass im Workshop Studierende aus jedem Punkt im Studium anwesend waren und so viele verschiedene Eindrücke auf diese Thematik möglich waren und eine breite Diskussion geführt werden konnte. Zudem wurde positiv herausgestellt, dass sich viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Debatten beteiligt haben und die Gruppenarbeit produktive Ergebnisse hervorbrachte. An dieser Stelle ist den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein großes Lob auszusprechen, denn das nahmen die Workshopleiterinnen auch so war, was einen sehr spannenden und erfolgreichen Workshop ermöglichte.

D. Konkrete Ergebnisse des Workshops

I. Europarecht in der Breite sichtbar machen

Ein zentrales Ergebnis war die Empfehlung, das Europarecht nicht nur isoliert, sondern in sämtlichen relevanten Rechtsgebieten zu behandeln. Dies bedeutet, dass in Vorlesungen, die thematisch Arbeitsrecht und Verbraucherrecht gezielt europarechtliche Bezüge eingebracht und thematisiert werden sollten.

Dies wurde allerdings dahingehend konkretisiert, dass europarechtliche Vorkenntnisse dafür entscheidend seien und nicht zu Lasten der Studierenden fallen sollte.

II. Schwerpunktbereich Europarecht stärken

Für eine vertiefte Auseinandersetzung wurde vorgeschlagen, an allen Universitäten einen Schwerpunktbereich „Europarecht“ zu etablieren bzw. auszubauen. Dieser sollte die Möglichkeit bieten, sich systematisch und praxisnah mit den Grundlagen und Anwendungsbereichen des Europarechts vertieft auseinanderzusetzen.

Bei diesem Ergebnis unseres Workshops ging es vor allem um den Wunsch, dass insbesondere europarechtliche Schwerpunkte nicht zukünftig Opfer von Kürzungen werden. Europarecht hat eine unglaublich hohe Relevanz und gerade deshalb sollte es Studierenden bereits im universitären Teil des Staatsexamens ermöglicht werden, sich mit den Inhalten vertieft auseinander zu setzen, vor allem mögliche Wege in der Zukunft offen zu halten.

III. Fakultative Formate mit niederschwelligem Zugang

Da die Einführung neuer Pflichtveranstaltungen nicht zwangsläufig begrüßenswert in Anbetracht des bereits beachtlichen Pflichtfachstoffes ist, sollten fakultative Formate wie Moot Courts, Crashkurse oder Zertifikatsangebote zu etablieren. Diese könnten den Studierenden einen leichteren Zugang zum Europarecht ermöglichen, ohne dabei den Pflichtstoff zu erweitern.

Moot Courts können zudem die Praxisrelevanz des Europarechts darstellen und für Studierenden zugänglicher machen.

Crashkurse können insbesondere für Studierende, die sich in der Examensvorbereitung befinden, entlastend und hilfreich sein. Komplexen Stoff noch einmal „kurz und knackig“ erklärt zu bekommen, sodass darauf das Lernen aufgebaut werden kann, ist für viele sehr sinnvoll.

IV. Einheitliche Standards diskutieren

Ein großes Hindernis liegt in den unterschiedlichen Prüfungsordnungen und Lehrplänen der Universitäten. Um dennoch eine flächendeckende Europäisierung zu erreichen, sollten langfristig

einheitliche Empfehlungen bzw. Mindeststandards für die Einbindung von Europarecht erarbeitet werden – eine Harmonisierung des Jurastudiums soll auch die Eingliederung des Europarechts umfassen.

Dies soll auch bestehenden Ungleichheiten, die sich daraus ergeben, aktiv entgegenwirken und Noten und Abschlüsse vergleichbarer machen.

V. Sensibilisierung der Studierenden

Zuletzt wurde festgehalten, dass der Stellenwert des Europarechts stärker in der Studierendenschaft kommuniziert werden muss. Fachschaften könnten durch Informationsveranstaltungen und -kampagnen gezielt zur Sichtbarkeit und Attraktivität des Europarechts beitragen.

Zudem muss es einen Umbruch mit dem Umgang von Europarecht an den Fakultäten geben. Auch sie müssen den Studierenden verstärkt aufzeigen, dass Europarecht, insbesondere im weiteren Verlauf des Juralbens, entscheidend sein kann und in den zukünftigen Arbeitsfeldern von hoher Relevanz sein wird. Dies muss durch Dozierenden so in die Lehrveranstaltungen miteinbezogen und kommuniziert werden, auch wenn es keine Verpflichtung zum Besuchen einer Europarechtsvorlesung oder ähnlichem an der Fakultät gibt.

E. Änderung des Grundsatzprogramms

Schließlich wurde auf den Antrag des Workshops hin eine Änderung und Erweiterung des Grundsatzprogramms initiiert.

Stand des das Europarecht betreffenden Paragraphen im Grundsatzprogramm bis zum 18.05.2025:

§ 29 Europäisierung und Fremdsprachenausbildung

¹Dem Europarecht muss ein höherer Stellenwert in der juristischen Ausbildung beigemessen werden. ²Daher ist die Vorlesung Europarecht ab dem zweiten Semester mit einer begleitenden Arbeitsgemeinschaft (AG) anzubieten. ³Die juristischen Bibliotheken sind zudem mit aktuellen Büchern zum Europarecht aufzustocken.

Antrag aus dem Workshop:

§ 29 Europäisierung und Fremdsprachenausbildung

(1) ¹Dem Europarecht muss ein höherer Stellenwert in der juristischen Ausbildung beigemessen werden. ²Daher ist die Vorlesung Europarecht mit einer begleitenden Arbeitsgemeinschaft (AG) im Grundstudium anzubieten, nachdem die Studierenden die Grundzüge des öffentlichen Rechts erlernt haben. ³Mindestens aber sollen die Vorlesungen zu den Grundrechten und zum Staatsorganisationsrecht gehört worden sein. ⁴Jede Fakultät soll zudem einen Schwerpunktbereich zum Europarecht anbieten. Außerdem sollen in anderen Schwerpunktbereichen europarechtliche Bezüge hergestellt werden. ⁵Die juristischen Bibliotheken sind zudem mit aktuellen Büchern zum Europarecht aufzustocken, entsprechende Onlinelizenzen sind zur Verfügung zu stellen.

Stand seit 19.05.2025:

§ 29 Europäisierung und Fremdsprachenausbildung

(1) ¹Dem Europarecht muss ein höherer Stellenwert in der juristischen Ausbildung beigemessen werden. ²Daher ist die Vorlesung Europarecht mit einer begleitenden Arbeitsgemeinschaft (AG) im Grundstudium anzubieten, nachdem die Studierenden die Grundzüge des öffentlichen Rechts erlernt haben. ³Mindestens aber sollen die Vorlesungen zu den Grundrechten und zum Staatsorganisationsrecht gehört worden sein. ⁴Jede Fakultät soll zudem einen Schwerpunktbereich zum Europarecht anbieten. Außerdem sollen in anderen Schwerpunktbereichen europarechtliche Bezüge hergestellt werden. ⁵Die juristischen Bibliotheken sind zudem mit aktuellen Büchern zum Europarecht aufzustocken, entsprechende Onlinelizenzen sind zur Verfügung zu stellen.

Welche Verantwortung ergibt sich daraus für den BRF?

Der BRF soll sich dafür einsetzen, dass Europarecht in der juristischen Lehre den Stellenwert bekommt, den es auch verdient bzw. konkretisiert, den, der die Relevanz der Sache genügend berücksichtigt. Dabei ist jedoch stetig und zu jeder Zeit darauf zu achten, dass diese Einbeziehung nicht zu Lasten von Studierenden fällt – ein großer Balanceakt. Doch der BRF muss immer an erster Stelle die Gesundheit

und die Interessen der Studierenden sehen, was eben nicht die reine Einbindung von Europarecht um jeden Preis ist.

Zudem soll sich der BRF dafür einsetzen, dass die Einbindung fair und gleichberechtigt passiert, auch in den unterschiedlichen Ländern. Dafür ist der BRF wohl auch die einzig richtige Stelle, da nur dieser eine bundesweite Vertretung von Studierenden der Rechtswissenschaften ist und dementsprechend als einzige Instanz mit allen Prüfungsämtern in Kontakt ist.

F. Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Europäisierung des Jurastudiums besonders im Hinblick auf die spätere Praxis wünschenswert ist, jedoch ein gewisses Maß an Eigenverantwortlichkeit der Studierenden erfordert, sich mit relevanten und weiterführenden Inhalten auseinanderzusetzen, wenn – wie begehrt – eine Erweiterung des Pflichtfachstoffes vermieden werden soll. Es gibt verschiedene Ansatzpunkte, die eine Einbeziehung, auch auf studierendenfreundlicher Basis, ermöglichen. Hier muss allerdings vor allem von Fakultät zu Fakultät und von Bundesland zu Bundesland geschaut werden, welche Konzepte sich als sinnvoll und als umsetzbar bei den gegebenen Umständen erweisen. Aufgrund der praktischen Wichtigkeiten ermutigen wir alle Studierendenvertretung, ganz voran den BRF, sich weiter für eine faire und zeitgemäße Einbeziehung des Europarechts im Studium einzusetzen.

Impressum

Herausgeber

Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V.
c/o FSR Rechtswissenschaft der Universität Hamburg
Rothenbaumchausée 33
20148 Hamburg
www.bundesfachschaft.de
info@bundesfachschaft.de

Text

Cosima Kremer
Mara Krull

Mit Unterstützung von Zora Machura und Carla Marondel